

## WEF-SPLITTER

**Türkei will Annan in Zypern-Frage einschalten**

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan will in der Zypern-Frage erneut UNO-Generalsekretär Kofi Annan einschalten. Beim Treffen am Wochenende in Davos wolle Erdogan Annan bitten, die Wiederaufnahme der Friedensgespräche vorzubereiten, wurde Aussenminister Abdullah Gül gestern Donnerstag von der Zeitung «Radikal» zitiert.

Gül betonte, Ankara wolle an dem von Annan unterbreiteten Siedlungsplan arbeiten. Dieser Plan wird von dem türkisch-zypriischen Volksgruppenführer Rauf Denktaş heftig kritisiert.

Erdogan und Annan sollen am Samstag am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos zusammentreffen. Im März 2003 waren Friedensgespräche unter UNO-Aufsicht zur Wiedervereinigung Zyperns gescheitert. Die internationale Gemeinschaft machte dafür vor allem Denktaş verantwortlich.

**BUWAL und WEF wollen vertieft zusammenarbeiten**

Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) und das Weltwirtschaftsforum (WEF) wollen ihre Zusammenarbeit vertiefen. Künftig sollen vermehrt gemeinsame Veranstaltungen, Studien und Projekte durchgeführt und ausgearbeitet werden, wie das BUWAL am Donnerstag mitteilte. Laut BUWAL-Direktor Philippe Roch und WEF-Co-Direktor Jose Maria Figueres braucht es zwar Wirtschaftswachstum, um die globalen Probleme wie Hunger, Armut und Krankheiten zu überwinden. Ein Wirtschaftswachstum, das sich nicht am Model der nachhaltigen Entwicklung orientiere, gefährde jedoch die Lebensbedingungen auf der Erde drastisch.

**WEF-Gegner drohen: «Päckli mit Knallzündern»**

WEF-Gegner haben die Polizei in Davos am Donnerstag mit Drohungen auf Trab gehalten. Eine «Revolutionäre Perspektive» kündigte an, «Päckli mit Knallzündern» in einem Hotel sowie im Kongresszentrum hinterlegt zu haben.

Die Sicherheitskräfte nahmen die Drohungen ernst und leiteten entsprechende Massnahmen ein. Die Überprüfungen ergaben laut Angaben der Bündner Kantonspolizei jedoch keine Unregelmässigkeiten. Die WEF-Veranstaltungen im Kongresszentrum wurde nicht beeinträchtigt.

**Infineon-Chef wirbt für Investitionen in China**

Infineon-Vorstandschef Ulrich Schumacher hat für Investitionen in China geworben, jedoch zugleich vor drohenden Fallstricken in dem Land gewarnt. Investoren könnten in China mit hohen Gewinnspannen, günstigen und qualifizierten Arbeitskräften sowie einem grossen Marktpotenzial rechnen, sagte Schumacher gestern Donnerstag auf dem Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos.

**Nordkoreas Atompotenzial gefährlichste Herausforderung**

Das Nuklearpotenzial Nordkoreas stellt nach Einschätzung des Chefs der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Mohamed el Baradei, die weltweit grösste Herausforderung beim Kampf gegen die Verbreitung von Atomwaffen dar.

«Die Nordkorea-Krise ist derzeit der gefährlichste Punkt bei der Nichtverbreitung», sagte der IAEA-Direktor am Donnerstag am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos.

Baradei appellierte eindringlich an die Regierung in Iran, mit den internationalen Nuklearinspektoren zusammenzuarbeiten. «Es wird ernsthafte Auswirkungen haben, wenn sie nicht fortfahren, voll mit uns zusammenzuarbeiten», sagte der Behördenchef.

Irans Präsident Mohamed Chatami hatte am Vortag in Davos betont, sein Land habe nie Massenvernichtungswaffen gehabt.

# Freier Handel im Zentrum

**Nordkorea, Pakistan und Naher Osten als politische Themen**

**DAVOS – Das Pro und Kontra eines freien Welthandels stand im Zentrum zweier Veranstaltungen am Weltwirtschaftsforum. Während ein US-Vertreter in Davos für die totale Liberalisierung plädierte, sprach sich Bundespräsident Deiss für gleich lange Spiesse aller Beteiligten aus.**

US-Handelsminister Donald Evans trat gestern Donnerstag am WEF für das neoliberale Credo ein: «Freier Handel ist der einzige Weg zu Frieden und Sicherheit», argumentierte er in der Diskussionsrunde, die von der ständigen Wirtschaftskommission Schweiz-USA veranstaltet wurde.

Für den Republikaner ist der Wettbewerb «Schlüssel» zu Freiheit und Wohlstand. Protektionismus hingegen sei ein Hindernis für eine prosperierende Weltwirtschaft und ein Killer von Arbeitsplätzen im eigenen Land.

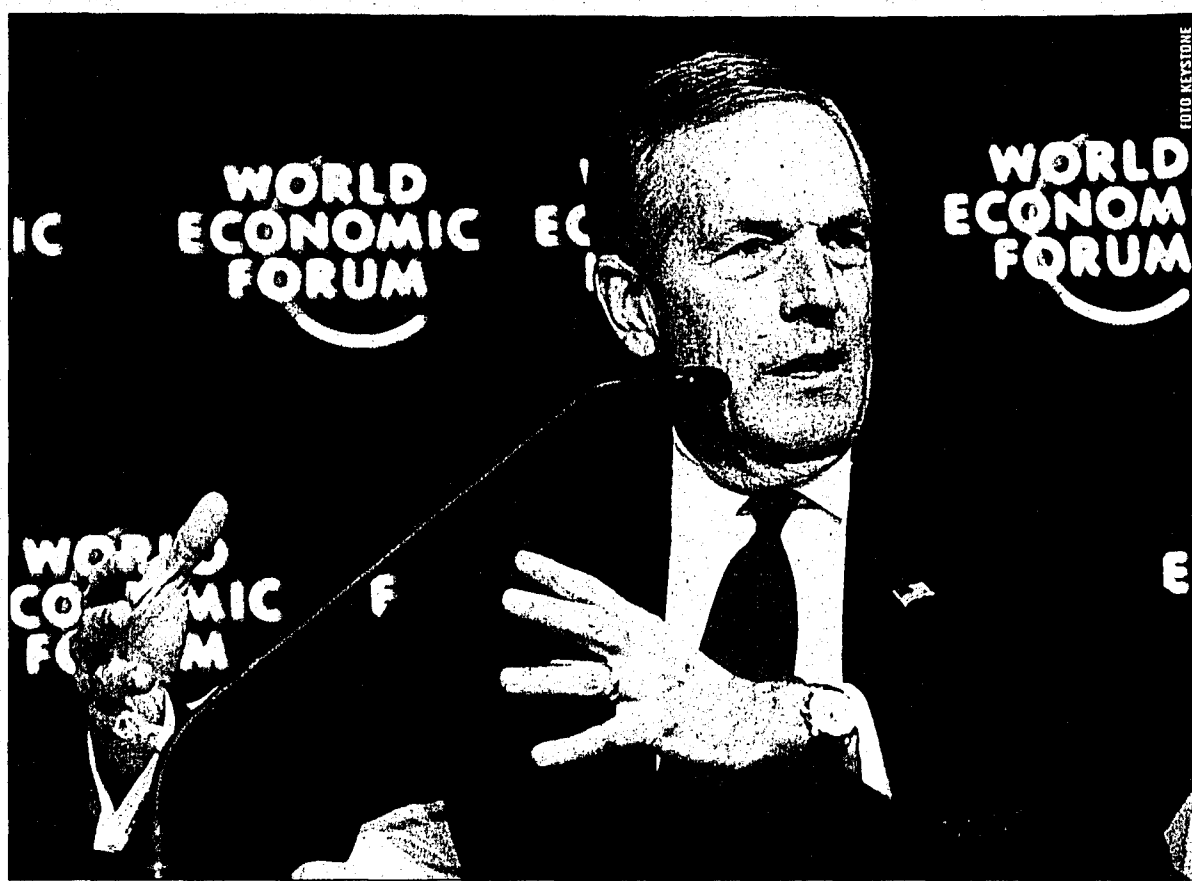
**Deiss will Regeln**

Evans räumte zwar ein, dass es «gewisse» Regeln braucht, warnte aber vor einer Überregulierung. Wirtschaftsminister Joseph Deiss plädierte zwar auch für freien Handel, forderte aber Rahmenbedingungen, damit alle Konkurrenten unter gleichen Voraussetzungen antreten können. Dazu brauche es internationale Regeln.

Der Ort, um diese Regeln festzulegen, sei die Welthandelsorganisation (WTO), erklärte Deiss am Vortag des ersten informellen Treffens auf Ministeriebene seit den gescheiterten Verhandlungen im mexikanischen Cancun im September.

**Open Forum bleibt kontrovers**

Mit einer ähnlichen Thematik beschäftigte sich auch das Open Forum. Die Vertreter der Entwicklungs- und Industrieländer, der Bauern aus aller Welt, der Konzer-

**US-Handelsminister Donald Evans argumentiert während einer Diskussion über den freien Welthandel.**

ne und Nichtregierungsorganisationen (NGO) waren sich nur in einem Punkt einig: Die Öffnung des Welthandels solle vorangetrieben werden.

Wie aber die Blockade innerhalb der WTO gelöst werden kann, blieb am Podium kontrovers, so vor allem beim Thema Handelshemmnisse im Bereich Agrargüter.

Südliche Länder wie etwa Brasilien beklagten etwa, dass je stärker ein Agrarland werde, desto höher die Hürden des Nordens gebaut würden. «Wir wollen den Zugang zu den Märkten der Industrieländer», verlangte Handelsminister Luiz Fernando Furlan.

Deiss erläuterte, warum die Schweizer Agrarpolitik nicht im Widerspruch zu den Wünschen aus dem Süden stehe. Er sprach sich für einen Handel zu Weltmarktpreisen

aus. Um die Spiesse für alle gleich lang zu machen, brauche es aber Direktzahlungen an die Schweizer Bauern.

**Gewinne für die Bauern**

Die Liberalisierung muss aber auch für die Bauern gerecht sein. Exportsubventionen streichen und Handelsbarrieren abbauen, sei nur ein erster Schritt, sagte Ricardo Young Silva, Vorsitzender des brasilianischen Ethos Institute. Doch müssten die Einnahmen aus dem Mehrumsatz, den die Bauern erzielten, auch wirklich ihnen zugute kommen.

**Weltpolitik**

Verschiedene Politiker nutzen erneut die Gelegenheit, zu weltpolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Der Chef der Internationalen

Atomenergiebehörde (IAEA), Mohamed el Baradei, warnte erneut von der Gefahr, die von Nordkoreas Atomprogramm ausgeht.

Pakistans Präsident Pervez Musharraf sprach über die Lage in seinem Land und den Kampf gegen den Terrorismus. Er äusserte den Verdacht, dass Al Kaida hinter den beiden Anschlägen gegen ihn stehe.

Mit der Kampagne «OneVoice» will die israelische und palästinensische Nichtregierungsorganisation «PeaceWorks Foundation» Bewegung in den Nahost-Friedensprozess bringen. Mit einer Volksbefragung will sie von der Basis her ausloten, wie in der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung die Stimmung ist, erklärte der Präsident und Gründer der Organisation, Daniel Lubetzky, in Davos.

## Ashcroft für Kampf gegen Korruption

**Weltwirtschaftsforum diskutiert über Verhalten von Managern und Regierungen**

**DAVOS – US-Justizminister John Ashcroft hat gestern Donnerstag auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos zu einem weltweiten Kampf gegen die Korruption aufgerufen. Er verglich dabei die Aufgabe mit der Bekämpfung des Terrorismus.**

Die Korruption verursache der Weltwirtschaft jedes Jahr Kosten in Höhe von rund 2,3 Billionen Dollar, sagte Ashcroft unter Berufung auf Schätzungen der Weltbank. Dies sei so viel wie der gesamte Bundeshaushalt der Vereinigten Staaten.

Er kritisierte Regierungsvertreter, die sich illegal bereicherten und damit der Bevölkerung das Geld für den Bau besserer Strassen, für die Verbesserung der Wasserqualität oder für die Modernisierung der Schulen raubten. «Wir werden den Krieg gegen den Terrorismus gewinnen», sagte Ashcroft. Aber die Korruption bedrohe die Fähigkeit zur Zusammenarbeit von Wirtschaft und Regierung, um die Geisel der Armut zu überwinden und Neues zu Schaffen. «Vor 28 Monaten wurden alle freien Nationen zur Verteidigung der Freiheit gegen den Terrorismus aufgerufen. Heute sind wir aufgerufen, unsere Freiheit gegen die Korruption zu verteidigen», sagte der US-Justizminister.

**US-Justizminister John Ashcroft verglich den Kampf gegen die Korruption mit der Bekämpfung des Terrorismus.**

Bereits zuvor diskutierten Politiker und Wirtschaftsführer in Davos über moralische Standards unternehmerischen und staatlichen Handelns. Dabei ging es um den Druck, den Börsen auf Aktiengesellschaften ausüben können, ihre Ergebnisse zu verfälschen, sowie eine weit verbreitete Korruption in Bürokratien, über die der neu gewählte georgische Präsident Michail Saakaschwili mit Beispielen aus seinem Land berichtete.

Im Wirtschaftsbereich wiesen Finanzexperten im Zusammenhang

mit dem Enron-Skandal in den USA und der Parmalat-Affäre in Italien den Verdacht zurück, kurz- oder langfristige Aktienoptionen bei der Bezahlung von Managern könnten diese dazu verleiten, Unternehmensergebnisse zu manipulieren. «Aktienoptionen sind hier nicht der Bösewicht», sagte der Chef der UBS-Investmentbank, John Costas. «Es ist ein wertvolles Werkzeug, es muss aber vorsichtig eingesetzt werden.»

Saakaschwili kündigte umfassende Reformen in seiner am kommenden Sonntag beginnenden Amtszeit an. «Wir werden die Spielregeln ändern», sagte er. «Wir haben die vergangenen beiden Monate für Stabilität gesorgt und wir haben wirklich damit angefangen, gegen Korruption vorzugehen und Dinge zu machen, die in diesem Teil der Welt undenkbar waren.» Er habe der georgischen Geschäftswelt erklärt, dass seine Regierung nicht ihre Guthaben konfiszieren werde, dass aber die Tage der Begünstigung, der Monopole, des Aufhaltens der Lieferungen von Konkurrenten und Steuerhinterziehung vorbei seien. Seine Anti-Korruptions-Initiative soll vom UN-Entwicklungsprogramm und dem Milliardär George Soros finanziell unterstützt werden.